

Bericht	Geschäftsbereich	Soziales, Jugend & Integration
	Ressort / Stadtbetrieb	Eigenbetrieb APH (Alten-u. Altenpflegeheime)
	Bearbeiter/in Telefon (0202) Fax (0202) E-Mail	Ulrich Renziehausen 563 2329 563 8141 ulrich.renzehausen@aph.wuppertal.de
	Datum:	04.11.2004
	Drucks.-Nr.:	VO/3481/04 öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
01.12.2004	Werksausschuss Alten- und Altenpflegeheime	
	Empfehlung/Anhörung	
08.12.2004	Ausschuss für Finanzen und Beteiligungssteuerung	
	Empfehlung/Anhörung	
15.12.2004	Hauptausschuss	Empfehlung/Anhörung
20.12.2004	Rat der Stadt Wuppertal	Entscheidung
Jahresabschluss 2003 für die Alten- und Altenpflegeheime der Stadt Wuppertal - stationärer Bereich und Nebenbetrieb Offene Altenarbeit -		

Grund der Vorlage

Nach den Vorschriften der Eigenbetriebsverordnung NW entscheidet der Rat der Stadt über die Feststellung des Jahresabschlusses und die Verwendung des Jahresüberschusses.

Beschlussvorschlag

1. Der Jahresabschluss 2003 für die Alten- und Altenpflegeheime der Stadt Wuppertal wird festgestellt.
2. Der in 2003 erwirtschaftete Jahresüberschuss in Höhe von 45.850,92 € wird auf neue Rechnung vorgetragen und dem Gewinn aus Vorjahren zugerechnet.

Dr. Kühn

Renziehausen

Begründung

Textanlage ist beigelegt.

Anlagen

Gemäß § 14 (1) der Betriebssatzung für die Alten- und Altenpflegeheime der Stadt Wuppertal vom 27.04.2000 wurde der Jahresabschluss 2003 zeitgerecht bis zum 30.06.2004 von der Betriebsleitung aufgestellt. Er ist über den Oberbürgermeister dem Werksausschuss vorzulegen.

Dem Eigenbetrieb APH wurde zum 01.08.2003 der offene Seniorenbereich übertragen. Dieser Nebenbetrieb, der Bestandteil des Eigenbetriebes wurde, ist in Bilanz und G + V der APH mit eingeflossen.

Das Geschäftsjahr 2003 schließt mit einem Überschuss in Höhe von 45,8 TEUR. Der Jahresüberschuss wird dem Gewinn aus Vorjahren zugerechnet. Davon kommen 5,8 TEUR aus dem stationären Bereich und 40 TEUR aus der offenen Seniorenarbeit. Zudem wurden 60 TEUR aus dem stationären Bereich als freiwillige Rückstellung für eine anstehende Heizungserneuerung gebildet. Damit konnte das Jahresergebnis gegenüber dem Vorjahr um 43,2 TEUR (Vorjahr: 2,6 TEUR Jahresüberschuss) verbessert werden.

Gegenüber dem Wirtschaftsplan 2003, der eine Kostendeckung von 143,0 TEUR auswies, wurde eine Verschlechterung des Ergebnisses um rd. 97,2 TEUR erzielt. Hauptursache hierfür ist, dass in den Wirtschaftsplan 2003 keine freiwilligen Rückstellungen einbezogen wurden.

Im Ergebnis ist Folgendes festzuhalten:

Die APH haben trotz entgangener Pflegeerlöse sowie zusätzlicher Ausgaben aus eigener Kraft einen positiven Überschuss erwirtschaften können.

Bei diesen Belastungen handelt es sich im Einzelnen um:

- | | |
|--|---------------|
| - entgangene Erlöse Wuppertaler Hof, Altbaubereich aufgrund der Umbaumaßnahmen bis 01/2004 (nach Abzug von Personal- und Sachkosten) | mind. 40 TEUR |
| - Ausgaben für eine nächtliche Brandwache im Altenpflegeheim Neviandtstraße bis Nov. 2003) | 45 TEUR |
| - zusätzliche Brandschutzmaßnahmen | 40 TEUR |

Ein Betriebskostenzuschuss seitens der Stadt war nicht erforderlich.

Der Jahresabschluss mit Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung sowie Lagebericht mit Anhang sind dieser Drucksache beigelegt. Die Prüfung des Jahresabschlusses wurde von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft TREUHANDPARTNER GmbH mit Niederlassung in Wuppertal vorgenommen. Sie hat den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt.

VII. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks und Schlussbemerkung

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2003 (Anlage 1) und dem Lagebericht (Anlage 3) für das Geschäftsjahr 2003 der Alten- und Altenpflegeheime der Stadt Wuppertal unter dem Datum vom 30. September 2004 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt, der hier wiedergegeben wird:

"Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers:

Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Alten- und Altenpflegeheime der Stadt Wuppertal für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2003 - 31. Dezember 2003 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den Vorschriften der Pflege-Buchführungsverordnung und den ergänzenden Regelungen der Satzung liegen in der Verantwortung der Werkleitung. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt.

Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Überzeugung vermittelt der Jahresabschluss der Alten- und Altenpflegeheime der Stadt Wuppertal (Bilanzsumme: € 40.359.100,42 Jahresüberschuss: € 45.850,92) unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung. Der Lagebericht gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Wir haben bei unserer Prüfung auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG beachtet und hierüber in Punkt B.IV. berichtet.

Den vorstehenden Prüfungsbericht erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450).

Wuppertal/Krefeld, den 30. September 2004

treuhandpart ner

Jäger · Finken · Welling · Janssen ·
Steinborn · GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

Welling
Wirtschaftsprüfer

von Beckerath
Wirtschaftsprüfer

Anhang

A. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss für 2003 wurde nach den Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufgestellt. Für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gewählt.

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung wurden unter Berücksichtigung der ab 1997 anzuwendenden Vorschriften der Pflegebuchführungsverordnung (PBV) gegliedert.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bei Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden folgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewandt:

Die **immateriellen Vermögensgegenstände** (EDV-Programme) sind zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen, angesetzt. Als Nutzungsdauer werden drei Jahre zugrunde gelegt. Im Zugangsjahr erfolgt die Abschreibung zeitanteilig.

Das **Sachanlagevermögen** ist grundsätzlich mit Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich Abschreibungen bewertet.

Die **Finanzanlagen** sind zu Anschaffungskosten bewertet worden. Es handelt sich um eine 74 %ige Beteiligung an der APH Service GmbH mit Sitz in Wuppertal. Das Stammkapital der APH Service GmbH beträgt 100 T€. Der auf die APH entfallende und im Jahresabschluss bereits berücksichtigte Gewinnanteil des Jahres 2003 beträgt 34.481,00 €.

Die von der Gemeinde im Rahmen der Gründung des Betriebs eingelegten Grundstücke und Gebäude sowie bewegliche Anlagegegenstände wurden mit ihren geschätzten Verkehrswerten zum 1.1.1995 angesetzt.

Die eingelegten Gegenstände werden linear über die Restnutzungsdauer abgeschrieben, die auch im Rahmen der Verkehrswertermittlung angesetzt wurde; sie liegt für Gebäude zwischen 30 und 74 Jahren, für Außenanlagen bei 15 Jahren und für die beweglichen Anlagegegenstände zwischen 2 und 9 Jahren. Ab 1995 angeschaffte Gegenstände werden ebenfalls linear über Nutzungsdauern zwischen 4 und 10 Jahren abgeschrieben. Auf Zugänge des ersten Halbjahres wird die volle, im Übrigen die halbe Jahresabschreibung verrechnet. Gegenstände, deren Anschaffungskosten 410 € nicht übersteigen, werden im Jahr des Zugangs vollständig abgeschrieben und im Anlagengitter als Abgang behandelt.

Anschaffungs- oder Herstellungskosten und Abschreibungen haben sich im Geschäftsjahr wie folgt entwickelt (Anlagen- und Fördernachweis gem. § 4 Abs.1 Nr.3, Anlage 3 PBV):

Leerseite für Anlagenspiegel

Leerseite für Anlagennachweis

Leerseite für Fördernachweis

Die unter den **Vorräten** ausgewiesenen Bestände an Verbrauchsgütern sind mit Anschaffungskosten bewertet, ungängiges Material wurde abgewertet.

Forderungen und **sonstige Vermögensgegenstände** sowie die **übrigen Aktiva** sind mit ihren Nominalbeträgen angesetzt. Von den **Forderungen aus Pflegesätzen** wurde eine ermittelte Wertberichtigung von 124,9 T€ abgesetzt, um Zinsverlusten und möglichen Ausfallrisiken Rechnung zu tragen. **Forderungen an die Gemeinde** enthalten in Höhe von 842,2 T€ Guthaben bei der Stadtkasse sowie in Höhe von 19,7 T€ Rückstellungsansprüche für die Altentagesstätten. Das gewährte Kapital beträgt 25.000.000 DM (= 12.782.297,03 €).

Für Zuschüsse zu Anlagegegenständen wurde ein **Sonderposten** für Investitionszuschüsse gebildet, der nach Maßgabe der Abschreibungen auf die bezuschussten Anlagegegenstände ergebniserhöhend aufgelöst wird.

Pensionsrückstellungen werden für Versorgungsverpflichtungen gegenüber städtischen Beamten gebildet. Dabei wurden als Anwärter nur Personen berücksichtigt, die im Geschäftsjahr für den Betrieb tätig waren. Für Pensionäre sind keine Rückstellungen gebildet; sie scheiden mit dem Eintritt in den Ruhestand aus dem Personalbestand des Eigenbetriebs aus. Die Pensionsverpflichtungen werden zu diesem Zeitpunkt gegen Übertragung der Rückstellungsgegenwerte von der Stadt Wuppertal übernommen. Auch für Beamte, die während ihrer Dienstzeit nur zeitweise in den Diensten der Altenheime standen, jedoch inzwischen bzw. vor Erreichen des Ruhestandes in andere Dienststellen versetzt wurden, sind keine Rückstellungen gebildet worden, da davon ausgegangen wird, dass diese Verpflichtungen nicht mehr dem Sondervermögen des Betriebs zuzurechnen sind.

Die Bewertung erfolgte nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Verwendung der neuen Richttafeln 1998 von Klaus Heubeck und eines Rechnungszinsfußes von 6 % nach dem sogenannten Teilwertverfahren.

Sonstige Rückstellungen wurden aufgrund vorsichtiger kaufmännischer Beurteilung in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet. Nennenswerte Positionen betreffen

Ausstehende Abrechnungen	396,0 T€
Resturlaub	94,4 T€
Überstunden	95,8 T€
Altentagesstätten	93,0 T€

Alle **Verbindlichkeiten** und **sonstigen Passiva** sind mit ihren Rückzahlungsbeträgen angesetzt. Die **Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde** enthalten in Höhe von 16.831,5 T€ auf den Betrieb übergeleitete Darlehen, Erstattung von Personalkosten in Höhe von 1.476,3 T€, Belastungen anderer Dienststellen und Stadtbetriebe für Verwaltungskosten in Höhe von 72,0 T€, Umsatzsteuer in Höhe von 11,1 T€ sowie sonstige Verbindlichkeiten in Höhe von T€ 9,6. Von diesen Verbindlichkeiten sind 2.124,5 T€ innerhalb eines Jahres fällig, 13.828,9 T€ sind nach Ablauf von fünf Jahren fällig. Alle übrigen Verbindlichkeiten haben eine Fälligkeit von unter fünf Jahren.

Die **außerordentlichen Erträge** enthalten periodenfremde Erträge in Höhe von 155,2 T€ und Spenden in Höhe von 14,6 T€. Die weiteren Erträge in Höhe von insgesamt T€ 20,5 bestehen im Wesentlichen aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von T€ 14,5 und den Erträgen aus der Auflösung von Wertberichtigungen zu Forderungen in Höhe von T€ 6,0.

C. Sonstige Angaben

Finanzielle Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz ausgewiesen sind, bestehen aus den Mietverträgen mit der Hotel AG über das Gebäude Winklerstraße; die monatliche Miete beträgt 28.355,00 €, die Laufzeit der Verträge ist begrenzt auf die Laufzeit der öffentlichen Wohnungsbaumittel, längstens bis zum Jahr 2081.

Die Zahl der im Geschäftsjahr durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer (ohne Betriebsleitung) betrug:

Beamte	7,5
Angestellte	350,0
Arbeiter	<u>51,5</u>
Gesamt	<u>409,0</u>

Die Anzahl der Beschäftigten enthält in größerem Umfang Teilzeitkräfte. Werkleiter war im Geschäftsjahr 2003 Herr Ulrich Renziehausen.

Mitglieder des Werksausschusses (stellvertretende Mitglieder in Klammern):

Ratsmitglieder:

- CDU Stadtverordneter Arnold Norkowsky (Vorsitzender), Postbeamter
 Stadtverordneter Horst Hombrecher, Pensionär
 Stadtverordneter Theodoros Olympos, Dolmetscher-Übersetzer
 Stadtverordneter Günter Pott, Pensionär
 Bürger Jürgen Limbach, Fachkrankenpfleger
- SPD Stadtverordnete Rosemarie Hundeshagen, Hausfrau
 Stadtverordneter Detlef Roderich Roß, kaufm. Angestellter
 Stadtverordneter Karlheinz Emmert, Rentner
 Bürger Joachim Thierbach, Rentner
 Bürger Horst Beckmann, Rentner
- FDP Stadtverordneter Hans W. Meyer (stellvertretender Vorsitzender), Rentner
- Bündnis90/
Die Grünen Bürger Michael Hohagen (beratend), Heimleiter

Vertreter:

- CDU Stadtverordneter Arno Gerlach, Bundesbahndirektor a.D.
 Stadtverordneter Peter Brackelmann, Betriebsrat
 Bürgerin Christel Simon, Rentnerin
- FDP Bürger Arno Brodowski, Lehrer
- Bündnis 90/
Die Grünen Bürger Guido Gehrenbeck, Busfahrer (beratend) bis 30.3.03
 Bürger Marcel Simon, Student (beratend) ab 31.3.03

Wuppertal, den 30. Juni 2004

gez. Renziehausen
(Werkleiter)

Alten- und Altenpflegeheime der Stadt Wuppertal

Lagebericht 2003

D. I. Überblick

Die Alten- und Altenpflegeheime der Stadt Wuppertal (APH) schließen das Geschäftsjahr 2003 mit einem positiven Ergebnis ab. In der Gewinn- und Verlustrechnung der APH wird ein Jahresüberschuss von 45,8 TEUR ausgewiesen. Davon kommen 5,8 TEUR aus dem stationären Bereich und 40 TEUR aus der offenen Seniorenarbeit. Zudem wurden 60 TEUR aus dem stationären Bereich als freiwillige Rückstellung für eine anstehende Heizungserneuerung gebildet. Damit konnte das Jahresergebnis gegenüber dem Vorjahr um 43,2 TEUR (Vorjahr: 2,6 TEUR Jahresüberschuss) verbessert werden.

Der vom Rat der Stadt für das Wirtschaftsjahr 2003 beschlossene Wirtschaftsplan weist einen Überschuss von rd. 143,0 TEUR aus. Tatsächlich verschlechterte sich das Betriebsergebnis gegenüber dem Wirtschaftsplan um rd. 97,2 TEUR . Hauptursache hierfür ist, dass in den Wirtschaftsplan 2003 keine freiwilligen Rückstellungen einbezogen wurden. Ein Betriebskostenzuschuss seitens der Stadt war nicht erforderlich.

II. Vermögens- und Finanzlage

Eigenkapital und Rückstellungen haben sich wie folgt entwickelt (in TEUR):

Eigenkapital	<u>EB-Wert</u> T€	<u>Entnahmen</u> T€	<u>Zugänge</u> T€	<u>Endbestand</u> T€
Gewährtes Kapital	12.782	0	0	12.782
Rücklagen	4.100	0	0	4.100
Gewinnvortrag	30	0	2	32
Jahresüberschuss	<u>2</u>	<u>-2</u>	<u>46</u>	<u>46</u>
	<u>16.914</u>	<u>-2</u>	<u>48</u>	<u>16.960</u>
Rückstellungen	<u>EB-Wert</u> T€	<u>Entnahmen</u> T€	<u>Zugänge</u> T€	<u>Endbestand</u> T€
Pensionsrückstellungen	1.495	0	147	1.642
Ausstehende Abrechnungen	142	15	269	396
Unterlassene Instandhaltung	48	48	38	38
Personalbezogene Verpflichtungen	222	198	191	215
Abschluss- und Prüfungskosten	60	60	55	55
Aufwandsrückstellung	0	0	60	60
Altentagesstätten	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>93</u>	<u>93</u>
	<u>1.967</u>	<u>321</u>	<u>853</u>	<u>2.499</u>

Die Finanzierungsverhältnisse sind geordnet. Eine Verbesserung der Anlagendeckung wird angestrebt. Das Eigenkapital hat einen Anteil an der Bilanzsumme von 42,0 % (2002: 42,0%) und das langfristige Fremdkapital von 44,4 % (2002: 45,4 %).

Die Liquidität der Alten- und Altenpflegeheime der Stadt Wuppertal war im Wirtschaftsjahr 2003 jederzeit gewährleistet.

E. III. Ertragslage - Excel

<u>Alten- und Altenpflegeheim der Stadt Wuppertal</u>					<u>Anlage 3</u>
					Seite 3
III. Ertragslage					
In zusammengefasster Form hat sich das Jahresergebnis wie folgt entwickelt:					
		2002	2003	Abweichung	
		TEUR	TEUR	TEUR	%
Pflegeerlöse		23.346	23.938	+592	+2,5
Sonstige betriebliche Erträge		752	873	+121	+13,9
Betriebsleistung		24.098	24.811	+713	+2,9
Personalkosten		14.908	15.505	+597	+3,9
Abschreibungen		1.022	1.034	+12	+1,2
Sachbedarf		6.511	6.822	+311	+4,6
Instandhaltung		1.215	1.007	-208	-20,7
Betriebliche Aufwendungen		23.656	24.368	+712	+2,9
Betriebsergebnis		442	443	+1	+0,2
Finanzergebnis		-516	-457	-59	-12,9
Außerordentliches Ergebnis		76	60	+16	+26,7
Jahresergebnis		2	46	+44	+95,7

Zu den einzelnen Komponenten sind folgende Anmerkungen zu machen:

1. Belegungssituation und Pflegesätze

Im Geschäftsjahr 2003 waren in den sieben Heimen durchschnittlich 95,86 % (Vorjahr 96,13 %) der Plätze belegt. Tendenziell waren die Altenpflegeheime im Berichtsjahr am stärksten ausgelastet. Die Situation in den Häusern stellt sich im Einzelnen wie folgt dar (Bettenzahl im Jahresdurchschnitt):

	Betten - Anzahl	Auslastung in %	Abweichung Vorjahr in %
Altenpflegeheim Neviandtstraße	170	100,2	-0,5
Altenpflegeheim Obere Lichtenplatzer Str.	94	98,5	-0,2
Altenheim Vogelsangstraße	84	95,8	-0,1
Altenpflegeheim Am Diek	126	98,6	-0,1
Altenheim Hölkesöhde	115	98,8	+0,9
Altenzentrum Winklerstraße	87	80,0	-2,5
Altenheim Herichhauser Straße	<u>121</u>	99,1	+0,5
	797		

Für das Wirtschaftsjahr 2003 sind wie im Vorjahr Pflegesatzverhandlungen mit den Kostenträgern Bundesknappschaft (Verhandlungsführer für die Pflegekassen) und Landschaftsverband Rheinland (als Sozialhilfeträger) geführt und Pflegesätze ausgehandelt worden, die der Rat der Stadt am 31.03.2003 beschlossen hat.

Bereits in der Vorlage des Wirtschaftsplanes 2003 für die parlamentarischen Gremien ist darauf hingewiesen worden, dass nicht abschätzbar ist, welchen Verlauf die Pflegesatzverhandlungen nehmen und welche Pflegesätze endgültig vereinbart werden. Die Betriebsleitung konnte mit den Kostenträgern Heimentgelte aushandeln, die über alle Heime und Pflegestufen gesehen eine Erhöhung von 2,75 % für die Laufzeit vom 01.04.2003 bis zum 31.03.2005 beinhalten. Für alle Pflegestufen wurden Veränderungen von -0,2 % bis zu +3,9 % vereinbart.

Die Unterbelegung im Altbaubereich des Wuppertaler Hofes führt dazu, dass die auf der Grundlage einer 98 % Belegung mit den Pflegekassen verhandelten Erlöse nicht erzielt werden konnten. Das Haus hat im Altbaubereich lediglich eine Belegung von 80,0 % (Vorjahr 82,5 %). Folglich konnten die entstandenen Aufwendungen nicht gedeckt werden. Mit baulichen Veränderungen wurde im November 2002 begonnen.

2. Personalsituation und -kosten

Zum Ende des Geschäftsjahres waren bei den Alten- und Altenpflegeheimen insgesamt 411 Personen tätig, 7 Beschäftigte mehr als zum gleichen Vorjahreszeitpunkt. Die Frauenquote an der Gesamtzahl der Beschäftigten beträgt 85,30 %.

Die Mitarbeiter/-innen verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Bereiche

	Beschäftigte	Beschäftigte	Abweichung
	31.12.2003	31.12.2002	+/-
Zentralverwaltung	17	17	0
Betriebsstätten (Heime)	393	386	+7
Heimärztlicher Dienst	<u>1</u>	<u>1</u>	<u>0</u>
	<u><u>411</u></u>	<u><u>404</u></u>	<u><u>+7</u></u>

Bei den vorgenannten Beschäftigtenzahlen handelt es sich nicht um Vollstellen, sondern um Kopffzahlen. Darüber hinaus stellen diese Zahlen lediglich eine Betrachtung zum jeweiligen Stichtag 31.12. der Jahre 2002 und 2003 dar.

Die Höhe der Personalkosten beträgt 15.505 TEUR. Davon entfallen auf

Löhne, Gehälter, Dienstbezüge	12.147 TEUR
Soziale Abgaben	2.447 TEUR
Altersversorgung	818 TEUR
Beihilfen und Unterstützungen	15 TEUR
Personalnebenkosten	<u>78 TEUR</u>
	<u><u>15.505 TEUR</u></u>

Die Personalaufwendungen stiegen gegenüber dem Geschäftsjahr 2002 um rd. 597 TEUR (Vorjahreszeitraum 270 TEUR) an. Das ist ein Anstieg von 3,9 % gegenüber dem Vorjahr.

Ursächlich hierfür sind im Wesentlichen:

die ab dem 01.01.2003 gültige tarifliche Lohnerhöhung von 1,97 %,
das zusätzliche Sanierungsgeld für die Altersversorgung der Angestellten und Arbeiter in der RZVK in Höhe von 1% der Lohnsumme,
die zügige Wiederbesetzung frei gewordener Stellen in der Pflege (unmittelbare Besetzung von Stellen auf Grund z.B. längerer Erkrankung und/oder Austritt aus dem Betrieb).
die zusätzlichen Personalkosten bedingt durch die Übernahme von Mitarbeiterinnen aus der offenen Seniorenarbeit

3. Sachbedarf

Die Aufwendungen im Bereich des Sachbedarfs erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 358 TEUR.

Ursächlich hierfür waren:

- Anstieg der Aufwendungen für Fremdpersonal in der Pflege und im Bereich der hauswirtschaftlichen Versorgung auf Grund von Krankheitsvertretung und freien Stellen

4. Instandhaltungen

Für Instandhaltungen einschließlich Rückstellungen für unterlassene, aber im Folgejahr nachgeholte Maßnahmen wurden rd. 1.007 TEUR (Vorjahr: 1.215 TEUR) aufgewendet; die wesentlichen Aufwendungen entfielen dabei auf den Gebäudebereich (644 TEUR), die technischen Anlagen (179 TEUR), die Betriebsausstattung (142 TEUR) sowie die Außenanlagen (41 TEUR).

5. Offene Seniorenarbeit

Der Rat der Stadt Wuppertal hat beschlossen, dass der Eigenbetrieb APH die Aufgaben der offenen Seniorenarbeit zum 01.01.2003 vom R. 201 als Nebenbetrieb übernehmen soll. Auf Grund organisatorischer und personeller Gegebenheiten konnte APH diesen zusätzlichen Aufgabenbereich erst zum 01.08.2003 übernehmen. Die Aufgabe wird durch Organisationsverfügung vom 23.07.2003 definiert. Somit ist die offene Seniorenarbeit Teil des Eigenbetriebes APH geworden. Zum 01.08.2003 wurde eine Eröffnungsbilanz erstellt und eine entsprechende ordnungsgemäße Buchhaltung für diesen Aufgabenbereich eingerichtet.

Der Aufgabenbereich hat drei hauptamtliche Mitarbeiterinnen in Teil- und Vollzeitbeschäftigung.

Bei den bestehenden fünf Seniorentreffs handelt es sich um Einrichtungen in der:

Bromberger Straße 28

Rubensstraße 4

Schusterstraße 27

Schwelmer Straße 15

Obere Sehlhoffstraße 25.

Darüber hinaus werden im Altenzentrum Wuppertaler Hof ebenfalls Angebote für Senioren vorgehalten. Neben den Seniorentreffs werden Ausflugsfahrten und Städtereisen organisiert und angeboten. Des Weiteren gibt es kulturelle Veranstaltungen sowie Informationsveranstaltungen zu diversen Themen. Kooperationen mit freien Trägern und Wohlfahrtsverbänden sind obligatorisch. Insbesondere bestehen Kooperationen zu kulturellen Veranstaltungen. Letztlich findet auch die Pressearbeit übergreifend im Seniorenbereich statt.

IV. Ausblick

Die Belegung der Pflegeplätze für die überschaubare Zukunft ist weiterhin erreichbar.

Die Entwicklung auf dem privaten Altenpflegesektor muss weiterhin im Hinblick auf Marktentwicklungen beobachtet werden. Gerade das im Herbst 2003 geänderte Landespflegegesetz ermöglicht es Trägern stärker an den Markt zu gehen. Die bis dato notwendige Bedarfserklärung der Stadt, die die Voraussetzung zur Abrechnung von Pflegegeld mit dem Sozialhilfeträger war, wurde komplett aus dem Gesetz gestrichen. Nunmehr hat die Kommune kaum mehr Eingriffsmöglichkeiten in den Pflegemarkt.

Die Pflegesätze für das Jahr 2003 sind im Februar 2003 mit den Kostenträgern prospektiv verhandelt und am 31.3.2003 vom Rat der Stadt beschlossen worden. Die Pflegekassen halten die Pflegesätze auch weiterhin auf niedrigem Niveau. Trotzdem konnte die Betriebsleitung mit den Kostenträgern Pflegesätze aushandeln, die über alle Heime und Pflegestufen gesehen eine durchschnittliche Erhöhung (ohne Investitionskostenpauschale) von 2,75 % für die Laufzeit vom 01.04.2003 bis zum 31.03.2005 darstellen. Dieses Verhandlungsergebnis wird dem Betrieb für das Wirtschaftsjahr 2004 voraussichtlich eine auskömmliche Betriebsführung ermöglichen, die den Versorgungsauftrag nicht gefährdet und Qualität durch personelle Ressourcen auf dem bisherigen Level sichert.

Instandhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen

Investitionen in den kommenden Jahren sind zur wirtschaftlichen Zukunftssicherung des Eigenbetriebes sind weiterhin zwingend notwendig. Vor diesem Hintergrund sowie einer gezielten Positionierung am regionalen Pflegemarkt hat die Betriebsleitung der APH die Konsequenz gezogen, die Strukturen in den Wohnbereichen der Altenheime grundlegend zu verändern, um in diesem Bereich auf Dauer Leerstände zu vermeiden. Daher hat die Betriebsleitung schon vor einigen Jahren nachfragegerecht reagiert und kontinuierlich Umstrukturierungsmaßnahmen in Form baulicher Veränderungen eingeleitet, die zur Zeit fortgesetzt werden. Die im letzten Lagebericht dargestellte Umbaumaßnahme im Altenheim Herichhauser Straße verschiebt sich aus konzeptionellen Überlegungen weiterhin.

Der Umbau im Altbaubereich des Altenzentrums Wuppertaler Hof, das von der Hotel AG angemietet ist, wurde im Januar 2004 abgeschlossen. Diese Baumaßnahme wurde dringend notwendig, da die von den Pflegekassen geforderte Belegung von 98 % brutto sonst nicht mehr zu erreichen war. Die niedrige Belegung von 80,0 % (Vorjahr 82,5 %) zeigt dies sehr deutlich.

Hier konnte innerhalb kurzer Zeit eine ausreichende Belegung erzielt werden. Die Betriebsleitung geht davon aus, dass der Wuppertaler Hof - auch durch die Kombination aus stationärer und offener Seniorenhilfe - dauerhaft ausgelastet wird und zu der gewünschten Wirtschaftlichkeit zurückkehrt.

Die APH haben beim zuständigen Landschaftsverband Rheinland einen entsprechenden Antrag auf Erhöhung der Investitionskostenpauschale ab April 2004 gestellt. Der Landschaftsverband hat dem Baubeginn der Maßnahme zugestimmt. Allerdings ist eine Erhöhung der Investitionskostenpauschale grundsätzlich erst nach Abschluss einer Baumaßnahme möglich. Die Betriebsleitung erhofft sich daher zumindest eine teilweise Anerkennung der entstehenden Mieterhöhung aufgrund der Umbaukosten. Wichtig ist, dass durch den Umbau der Wuppertaler Hof wieder voll belegbar und damit wettbewerbsfähig wird, und somit das wirtschaftliche Risiko für den Gesamtbetrieb absolut minimiert werden kann.

Die im Lagebericht des Vorjahres angesprochene Sanierung des Sanitärbereichs in Haus B des Altenpflegeheims Neviandtstraße läuft derzeit weiter. Der dritte Bauabschnitt wird voraussichtlich Ende 2004 beginnen. Die Bauabschnitte vier und fünf werden anschließend zügig angegangen, so dass in 2006 die Gesamtmaßnahme abgeschlossen sein wird.

Die APH werden auch zukünftig bei allen Baumaßnahmen im Instandhaltungs- und Investitionsbereich darauf achten, dass die Umsetzungen den gesetzlichen Richtlinien und den Qualitätsansprüchen an eine moderne gesamtheitliche Altenpflege entsprechen.

Die weitere Fortführung der strukturellen und damit verbundenen baulichen Veränderungen in den Heimen sind ein notwendiges Mittel zur Umsetzung des strategischen Zieles der Vollbelegung aller Einrichtungen der APH .

Brandschutz

Die APH müssen in den nächsten Jahren zusätzliche Aufwendungen für den Brandschutz der Einrichtungen einplanen und entsprechende Mittel bereithalten. Für das Altenpflegeheim Neviandtstraße wird derzeit von einem unabhängigen Sachverständigen ein Brandschutzgutachten erstellt, das in Kürze vorgestellt wird. Nach Absprache zwischen GMW, Feuerwehr und Bauordnung werden noch in 2004 zusätzliche Brandabschnitte in Haus A durch Einbau von Brandabschlusstüren geschaffen. Eine Stahlaußentreppe als zusätzlicher Flucht- und Rettungsweg wird im Frühjahr 2005 gebaut. Ebenso erhält das Haus B eine Stahlaußentreppe.

Für das Altenpflegeheim Obere Lichtenplatzer Straße wird es eine Stahlaußentreppe geben, die im Spätherbst 2004 kommen soll.

Das GMW bereitet die Flucht- und Rettungspläne vor, die in Einrichtungen verteilt und angebracht werden sowie der Feuerwehr zur Verfügung gestellt werden. Zusätzlich sind noch Brandschutzmaßnahmen im Haus Hölkesöhde denkbar. Hier wird seitens der Feuerwehr noch eine Brandschutzbegehung erfolgen. Dieses Verfahren ist mit der Feuerwehr und dem GMW abgestimmt. Die notwendigen Finanzmittel werden die APH aus eigener Kraft erwirtschaften unter Einbeziehung von Fremdmitteln. Die Prüfung der ortsveränderlichen Elektrogeräte wurde begonnen und läuft derzeit. Die Prüfung der elektrischen Pflegebetten sowie anderer Geräte gemäß Medizinprodukthaftung wurden und werden durch Externe durchgeführt.

Neue Kundenorientierung

Die APH müssen auch im Hinblick auf potentielle Kunden neue Wege beschreiten. Die Einbeziehung von zusätzlichen Zielgruppen in die Einrichtungen muss forciert werden. Derzeit gibt es erneut Gespräche über die Nutzung des leerstehenden Hauses C in der Neviandtstraße. Die Betriebsleitung nutzt Teilbereiche des Hauses C als Auslagerungsmöglichkeit von Bewohner/-innen aus Häusern, die umgebaut bzw. renoviert werden.

Im umgebauten Bereich des Wuppertaler Hofes wird derzeit eine Dementenabteilung im Modellversuch bis zum 31.03.2005 betrieben.

Insbesondere im Hinblick auf bestehende Änderungen in der Pflegeversicherung und damit verbunden die Neuorientierung der stationären Altenhilfe ist es notwendig ein solches Modellvorhaben flächendeckend einzusetzen. Die Betriebsleitung wird in den nächsten Pflegesatzverhandlungen Anfang 2005 versuchen, dass für solche Dementenabteilungen ein gesonderter Pflegesatz erzielt werden kann, der zumindest kostendeckend sein muss.

Aber auch die verstärkte Aufnahme von jüngeren pflegebedürftigen Menschen erfolgt insbesondere in der Neviandtstraße. Hier herrscht ein sehr hoher Bedarf, der in dieser Region nicht abgedeckt wird. Die APH werden somit in diese Marktlücke einsteigen.

Des Weiteren werden sog. Wohngemeinschaften bei APH zunächst modellhaft getestet.

Letztlich werden APH auch die Zielgruppe der Migranten und Migrantinnen stärker ansprechen. Hier werden im Herbst ds. Js. Pflegestandards festgelegt und ein entsprechendes Konzept erarbeitet.

Umsetzung der Qualitätsstandards

Die Qualität, die das einzelne Haus zu bieten hat, ist für eine hohe Auslastung von entscheidender Bedeutung. Durch Pflege- und Qualitätsstandards, wie auch gesetzlich vorgegeben, und eine stetige Qualitätssicherung und -prüfung muss die Qualität der pflegerischen und hauswirtschaftlichen Versorgung der Bewohnerinnen und Bewohner auf hohem Niveau gehalten werden. Nur durch Qualität und entsprechende räumliche und personelle Rahmenbedingungen wird Nachfrage geweckt. Neue und/oder verschärfte Gesetze (Heimgesetz, Pflegequalitätssicherungsgesetz, Heimmitwirkungsverordnung usw.) zwingen die Heimbetreiber ständig nachzusteuern. In diesem Zusammenhang ist auch der Erhalt der Küchen in den Heimen unverzichtbar. Sie alleine erfüllen die hohen qualitativen Kriterien, die eine kundenorientierte Versorgung der Bewohner-/innen gewährleistet. Die Auswirkungen der Leistungs- und Qualitätsnachweise gemäß Qualitätssicherungsgesetz sind derzeit nur schwer abschätzbar, da noch keine Vereinbarungen zwischen Kostenträgern und Spitzenverbänden vorliegen.

Veränderungen der Aufbau- und Ablauforganisation

Aus Sicht der Betriebsleitung sind Umstrukturierung denkbar, die einerseits flexibleres Handeln und andererseits Einsparungen im Personal- und Sachkostenbereich mit sich bringen.

Durch Ratsbeschluss wurde der Bereich der Offenen Altenhilfe, organisatorisch ab dem 01. August 2003 als Nebenbetrieb der APH zugeordnet. In wieweit dies zu finanziellen Veränderungen bei den APH führt bleibt abzuwarten.

Das zum 01. April 2003 gemeinsam mit der GKE gegründete Unternehmen APH Service GmbH hat bereits im ersten Jahr die Erwartungen übertroffen. Für die nähere Zukunft ist eine Ausweitung des Geschäftsfeldes auf den Geschäftsbereich 2.1 anzustreben.

Unternehmenssteuerung

Im Bereich des Controlling und Risikomanagements haben die APH nachgesteuert. Allerdings gilt es im Bereich Risikomanagement noch nachzuarbeiten. Die Innenrevision wird dadurch sichergestellt, dass die APH zusammen mit KIJU und ESW entsprechende Dienstleistungen beim GMW einkaufen. Hierüber wird derzeit ein Vertrag erarbeitet. Außerdem besteht auch weiterhin die Notwendigkeit von zusätzlichen Fortbildungs- und Weiterbildungsmaßnahmen in allen Funktionsbereichen. Die APH beteiligen sich finanziell teilweise oder ganz an den entsprechenden Angeboten für die Beschäftigten. Daneben werden die APH ab August 2004 erneut vier Auszubildende zur Altenpflegerin nach dem neuen Altenpflegeausbildungsgesetz ausbilden. Damit erhoffen sich die APH eine nachhaltige Nachwuchsförderung und ein Entgegenwirken des Fachkräftemangels im Pflegeberuf. Außerdem bieten die APH interessierten Menschen im Rahmen eines Praktikums die Möglichkeit sich im Bereich der stationären Altenpflege einen Einblick zu verschaffen. Außerdem werden sich die APH nach Vorliegen der Umsetzungsrichtlinien an Hartz IV beteiligen. Ein Einsatz in den verschiedenen Funktionsbereichen des Eigenbetriebes ist aus Sicht der Betriebsleitung denk- und realisierbar.

Sonstige Anmerkungen

Die gegenüber dem Vorjahr höheren Personalkosten in 2004 setzen sich ausschließlich aus den Tariferhöhungen für das Jahr 2004, zusätzlich einzusetzendes Fremdpersonal für erkrankte Mitarbeiter/-innen aus der Pflege sowie Alters- und Stufensteigerungen zusammen. Diese zusätzlichen Kosten im Personalbereich wurden im Wirtschaftsplan für das Jahr 2004 berücksichtigt. Allerdings musste insbesondere wegen des Modellversuches Dementenabteilung Fachpersonal nachgesteuert werden, ebenso in drei weiteren Einrichtungen auf Grund der verbesserten Belegungssituation. Die Erlöse aus Pflegeleistungen stiegen hierbei entsprechend an. Ein Teil der Vergütungen der Mitarbeiter/-innen, und damit der Personalkosten insgesamt, werden von den Kostenträgern nicht anerkannt und somit nicht refinanziert.

Diese nichtrefinanzierten Kosten muss der Betrieb aus zusätzlichen Erträgen sowie den positiven Effekten aus der Gründung der APH Service GmbH auffangen. Die Entwicklung der Vergütungen nach BAT bleibt abzuwarten. Die BAT-Erhöhungen für 2003 und 2004 i.H.v. 1,97 % und 0,9 % wurden von den Kostenträgern nicht komplett über die neuen Pflegesätze refinanziert. Ebenso wurde das zwischen den Tarifvertragspartnern ausgehandelte Sanierungsgeld, was seit 2003 stufenweise bis 2006 gelten soll, nicht in voller Höhe anerkannt. Hierbei handelt es sich um eine Erhöhung der Umlage zur Altersversorgung der Angestellten und Arbeiter von 4,25 %, die schrittweise bis 2006 um 2,5 % erhöht wird.

Alle von den APH nicht beeinflussbaren Aufwandserhöhungen sind eine Gefahr für den wirtschaftlich zu führenden Betrieb. Die APH haben keine Reserven, um zusätzliche Aufwendungen, die von außen in den Betrieb getragen werden, im operativen Geschäft aufzufangen.

Aufgrund ihrer nachfragegerechten und flexiblen Reaktionen auf dem lokalen Pflegemarkt, werden die APH die Position als größter Anbieter auch zukünftig erfüllen. Dabei wird der Betrieb wirtschaftlich und auskömmlich arbeiten. Die konsequente und kontinuierliche Politik der Einsparung und Kostenreduzierung (z.B. durch Budgetierung, Mitarbeitermotivierung usw.), die die Betriebsleitung weiterhin umsetzt sind hierfür ein Garant.

Die in den kommenden Jahren noch notwendigen Investitionen und Bauunterhaltungsmaßnahmen, die aus eigenen Mitteln (und ggf. Fördermitteln) bestritten werden, sind zur wirtschaftlichen Zukunftssicherung des Eigenbetriebes zwingend notwendig. Daneben ist die Qualität, die in den Einrichtungen auf hohem Niveau gehalten wird, für eine hohe Auslastung entscheidend.

Öffentliche Zwecksetzung

Zweck der Alten- und Altenpflegeheime der Stadt Wuppertal ist die Errichtung und Unterhaltung von Alten- und Altenpflegeheimen sowie die Unterbringung, Betreuung und Versorgung und Pflege in der Regel alter Menschen, die zur Führung eines eigenen Haushaltes nicht mehr in der Lage sind.

Wuppertal, den 30.06.2004

Renziehausen
Werkleiter

**Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2003**

	2 0 0 3		Vorjahr
	€	€	T€
1. Erträge aus allgemeinen Pflegeleistungen gem. PflegeVG		14.193.188,58	13.695,5
2. Erträge aus Unterkunft und Verpflegung		6.803.653,34	6.645,7
3. Erträge aus gesonderter Berechnung von Investitionskosten gegenüber Pflegebedürftigen		2.940.538,02	3.004,3
4. Zuweisungen und Zuschüsse zu Betriebskosten		25.659,31	0,0
5. Sonstige betriebliche Erträge		847.510,87	752,1
		24.810.550,12	24.097,6
6. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	-12.147.063,20		-11.836,9
b) Sozialabgaben, Altersversorgung und sonstige Aufwendungen	-3.358.108,69		-3.070,7
		-15.505.171,89	
7. Materialaufwand			
a) Lebensmittel	-1.096.416,45		-1.064,6
b) Medizinischer und Betreuungsbedarf	-804.073,79		-501,1
c) Wasser, Energie, Brennstoffe	-826.191,02		-891,7
d) Wirtschaftsbedarf	-2.801.504,05		-2.861,9
e) Verwaltungsbedarf	-271.209,40		-226,9
		-5.799.394,71	
8. Steuern, Abgaben, Versicherungen		-672.796,18	-698,0
9. Mieten, Pacht, Leasing		-349.899,32	-267,3
		2.483.288,02	2.678,5
10. Erträge aus öffentlicher und nicht-öffentlicher Förderung von Investitionen		38.055,18	26,8
11. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten		36.146,61	30,1
12. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten		-38.055,18	-26,8
Übertrag		2.519.434,63	2.708,6

	2 0 0 3		Vorjahr
	€	€	T€
Übertrag		2.519.434,63	2.708,6
13. Abschreibungen			
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-973.462,85		-990,3
b) auf Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	-61.042,83		-32,2
		-1.034.505,68	
14. Aufwendungen für Instandhaltung und Instandsetzung		-1.006.890,23	-1.215,3
15. Sonstige ordentliche Aufwendungen		-83.710,39	-16,3
		394.328,33	454,5
16. Erträge aus Beteiligungen		34.841,00	0,0
17. Zinsen und ähnliche Erträge		43.711,73	37,5
18. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-535.073,37	-553,0
19. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-62.192,31	-61,0
20. Außerordentliche Erträge	169.914,19		66,4
21. Außerordentliche Aufwendungen	-82.411,56		-41,2
22. Weitere Erträge	20.540,60		38,4
23. Außerordentliches Ergebnis		108.043,23	63,6
24. Jahresüberschuss		45.850,92	2,6